

Inhalt

Allgemeine Verfügungen

16.05.11 Einsatz von Pfefferspray (Oleoresin Capsicum) (§ 78 HmbStVollzG)	85
16.05.11 Einsatz von Pfefferspray (Oleoresin Capsicum) (§ 57 HmbUVollzG)	86
16.05.11 Einsatz von Pfefferspray (Oleoresin Capsicum) (§ 78 HmbJVollzG)	86
26.05.11 Geschäftliche Behandlung der Kartellsachen	86
26.05.11 Geschäftliche Behandlung der Verfahren über Rechtsentscheide des Oberlandesgerichts in Mietsachen	86
30.05.11 Zustellung durch Aufgabe zur Post	86
22.06.11 Verwendung des hamburgischen Wappens auf Vordrucken	87
15.07.11 Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)	87
15.07.11 Vollstreckungsplan	87
25.07.11 Neufassung der Strafvollstreckungsordnung und der Einforderungs- und Beitreibungsanordnung	90

Bekanntmachungen

24.06.11 Übersicht über den Geschäftsanfall der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Bereich der Justizbehörde Hamburg (2007 bis 2010)	91
19.07.11 Neuer Vorstand der Hamburgischen Notarkammer	105

Allgemeine Verfügungen

Einsatz von Pfefferspray (Oleoresin Capsicum) (zu § 78 HmbStVollzG)

AV der Justizbehörde Nr. 41/2009 vom 2. September 2009 (Az. 4437/1-20)
AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 37/2011 vom 16. Mai 2011 (Az. 4437/1-20)

1. Der Reizstoff Pfefferspray ist in den Hamburger Einrichtungen des geschlossenen Justizvollzuges, in der Revisionsgruppe des Strafvollzugsamtes und in den Gefangenentransportbussen nach § 78 Abs. 4 HmbStVollzG als Waffe dienstlich zugelassen.
 2. Die Reizstoffsprühgeräte werden nur bei Bedarf an Bedienstete ausgegeben. Sie sind im Übrigen unter Verschluss zu halten.
 3. Die Spraykartuschen sind nach Erreichen des Verfalldatums in der Zentralen Waffenkammer gegen neue Kartuschen zu tauschen.
 4. Pfefferspray darf nur von Bediensteten angewendet werden, die über die Handhabung und die Wirkungsweise des Reizstoffsprühgerätes einschließlich der im Einzelfall gebotenen Erste-Hilfe-Maßnahmen unterwiesen sind. Die Unterweisung ist regelmäßig aufzufrischen. Der Nachweis über die Unterweisung ist zu dokumentieren. Bei den Unterweisungen im Umgang mit Pfefferspray sind ausschließlich Übungskartuschen zu verwenden.
 5. Die Leitungen der Anstalten, in denen die Anwendung von Pfefferspray zugelassen ist, können ergänzende Richtlinien erlassen.
 6. Diese Allgemeine Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und ersetzt die AV der Justizbehörde Nr. 41/2009 vom 2. September 2009 (Az.4437/1-20)
-

Einsatz von Pfefferspray (Oleoresin Capsicum)

(zu § 57 HmbUVollzG)

AV der Justizbehörde Nr. 170/2009 vom 22. Dezember 2009 (Az. 4420-009.08)
AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 38/2011 vom 16. Mai 2011
(Az. 4420-009.8)

1. Der Reizstoff Pfefferspray ist in den Hamburger Einrichtungen des geschlossenen Justizvollzuges, in der Revisionsgruppe des Strafvollzugsamtes und in den Gefangenentransportbussen nach § 78 Abs. 4 HmbStVollzG als Waffe dienstlich zugelassen.
2. Die Reizstoffsprühgeräte werden nur bei Bedarf an Bedienstete ausgegeben. Sie sind im Übrigen unter Verschluss zu halten.
3. Die Spraykartuschen sind nach Erreichen des Verfalldatums in der Zentralen Waffenkammer gegen neue Kartuschen zu tauschen.
4. Pfefferspray darf nur von Bediensteten angewendet werden, die über die Handhabung und die Wirkungsweise des Reizstoffsprühgerätes einschließlich der im Einzelfall gebotenen Erste-Hilfe-Maßnahmen unterwiesen sind. Die Unterweisung ist regelmäßig aufzufrischen. Der Nachweis über die Unterweisung ist zu dokumentieren. Bei den Unterweisungen im Umgang mit Pfefferspray sind ausschließlich Übungskartuschen zu verwenden.
5. Die Leitungen der Anstalten, in denen die Anwendung von Pfefferspray zugelassen ist, können ergänzende Richtlinien erlassen.
6. Diese Allgemeine Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und ersetzt die AV der Justizbehörde Nr. 170/2009 vom 22. Dezember 2009 (Az.4420-009.8)

Einsatz von Pfefferspray (Oleoresin Capsicum)

(zu § 78 HmbJVollzG)

AV der Justizbehörde Nr. 83/2009 vom 2. September 2009 (Az. 4437/1-20)
AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 39/2011 vom 16. Mai 2011 (Az. 4437/1-20)

1. Der Reizstoff Pfefferspray ist in den Hamburger Einrichtungen des geschlossenen Justizvollzuges, in der Revisionsgruppe des Strafvollzugsamtes und in den Gefangenentransportbussen nach § 78 Abs. 4 HmbStVollzG als Waffe dienstlich zugelassen.
2. Die Reizstoffsprühgeräte werden nur bei Bedarf an Bedienstete ausgegeben. Sie sind im Übrigen unter Verschluss zu halten.
3. Die Spraykartuschen sind nach Erreichen des Verfalldatums in der Zentralen Waffenkammer gegen neue Kartuschen zu tauschen.

4. Pfefferspray darf nur von Bediensteten angewendet werden, die über die Handhabung und die Wirkungsweise des Reizstoffsprühgerätes einschließlich der im Einzelfall gebotenen Erste-Hilfe-Maßnahmen unterwiesen sind. Die Unterweisung ist regelmäßig aufzufrischen. Der Nachweis über die Unterweisung ist zu dokumentieren. Bei den Unterweisungen im Umgang mit Pfefferspray sind ausschließlich Übungskartuschen zu verwenden.
5. Die Leitungen der Anstalten, in denen die Anwendung von Pfefferspray zugelassen ist, können ergänzende Richtlinien erlassen.
6. Diese Allgemeine Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und ersetzt die AV der Justizbehörde Nr. 83/2009 vom 2. September 2009 (Az.4437/1-20)

Geschäftliche Behandlung der Kartellsachen

AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 40 /2011 vom 26. Mai 2011 (Az. 1454-1c/4/7/)

I.

Die Allgemeine Verfügung der Justizbehörde Nr. 7/1958 vom 20. März 1958 (HmbJVBl. S. 5) wird aufgehoben.

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Geschäftliche Behandlung der Verfahren über Rechtsentscheide des Oberlandesgerichts in Mietsachen

AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 41 /2011 vom 26. Mai 2011 (Az. 1454-17.5)

I.

Die Allgemeine Verfügung der Justizbehörde Nr. 22/1969 vom 9. Mai 1969 (HmbJVBl. S. 44) wird aufgehoben.

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Zustellung durch Aufgabe zur Post

AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 42 /2011 vom 30. Mai 2011 (Az. 3716/4-)

Die Allgemeine Verfügung Nr. 25/1970 vom 16. Juli 1970 (HmbJVBl. S. 71) wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

I.

Bei Zustellungen von Amts wegen, die durch Aufgabe zur Post vorgenommen werden (§ 184 ZPO), ist der

Sendung ein Hinweisblatt folgenden Inhalts beizufügen:

Zustellung durch Aufgabe zur Post!

Die Zustellung gilt **nach Ablauf von 2 Wochen nach der erfolgten Aufgabe zur Post** als bewirkt (§ 184 der Zivilprozessordnung).
(siehe Datum des Porto-Freistempelabdruckes)

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Verwendung des hamburgischen Wappens auf Vorderdrucken

AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 43/2011 vom 22. Juni 2011 (Az: 1414/1/11-)

Die Allgemeine Verfügung Nr. 25/2011 vom 12.04.2011 (Az.: 1414/1/11- HmbJVBI 2011 , S. 79) wird unter

„I.A.I.1.d) Endentscheidungen und Beschlüsse außer den unter B. genannten in...“ wie folgt ergänzt:

- Betreuungssachen zur Einrichtung und Aufhebung einer Betreuung

Diese Allgemeine Verfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)

AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 45/2011 vom 15. Juli 2011 (Az.: 1432/2)

1. Die Landesjustizverwaltungen haben bundeseinheitliche Änderungen und Ergänzungen der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) beschlossen. Diese Änderungen und Ergänzungen werden hiermit von der Behörde für Justiz und Gleichstellung erlassen und treten am 01. Oktober 2011 in Kraft.
 2. Die einzelnen Änderungen werden den Gerichten und anderen Behörden als Ergänzungslieferung zu der bestehenden Loseblattsammlung zugehen.
-

Vollstreckungsplan

(zu § 112 HmbStVollzG, § 108 HmbJStVollzG, § 96 HmbUVollzG und § 22 StVollstrO)

AV der Justizbehörde Nr. 156/2009 vom 22. Dezember 2009 (Az. 4431/1-14)
AV der Justizbehörde Nr. 47/2010 vom 16. November 2010 (Az. 4431/1-14)
AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 46/2011 vom 15. Juli 2011 (Az. 4431/1-14)

Inhalt:

Abschnitt I

Örtliche Zuständigkeit und Aufnahmeverfahren

1. Einweisungen aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg
2. Zuständigkeit für das Aufnahmeverfahren

Abschnitt II

Zuständigkeit der Anstalten

1. Anstalten des geschlossenen Vollzugs
2. Anstalten des offenen Vollzugs
3. Anstalten im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen

Abschnitt III

Verlegungsrichtlinien

1. Geltungsbereich
2. Unterbringungs- und Verlegungsentscheidungen
3. Rückverlegungen

Abschnitt IV

Schlussvorschriften

Abschnitt V

Inkrafttreten

Abschnitt I

Örtliche Zuständigkeit und Aufnahmeverfahren

1. Einweisungen aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg

Aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg sind gemäß § 24 StVollstrO sowie zum Vollzug der Untersuchungshaft und sonstiger Freiheitsentziehung einzuweisen in die

- 1.1 JVA Billwerder, Dweerlandweg 100, 22113 Hamburg
 - a. männliche zu Freiheitsstrafe Verurteilte, die zu einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren verurteilt worden sind
 - b. männliche zu Freiheitsstrafe Verurteilte,

- wenn Überhaft angeordnet ist, mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren
- c. männliche Verurteilte mit Strafarrrest
 - d. männliche erwachsene Verhaftete mit Abschiebungshaft
 - e. männliche Verhaftete in besonderen Fällen mit Zustimmung der Justizbehörde – Strafvollzugsamt
- 1.2 JVA Fuhlsbüttel, Suhrenkamp 92, 22335 Hamburg
- a. männliche zu Freiheitsstrafe Verurteilte, die zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt worden sind
 - b. männliche zu Freiheitsstrafe Verurteilte, wenn Überhaft angeordnet ist, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren
 - c. männliche Verhaftete in besonderen Fällen mit Zustimmung der Justizbehörde -Strafvollzugsamt
- 1.3 Sozialtherapeutische Anstalt, Suhrenkamp 92, 22335 Hamburg
- a. männliche wegen einer Straftat nach den §§ 174 bis 180 oder 182 StGB zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren Verurteilte
 - b. männliche zu Freiheitsstrafe Verurteilte mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung
- 1.4 JVA Hahnöfersand, Hinterbrack 25, 21635 Hahnöfersand
- a. männliche Verurteilte mit Jugendstrafe, die im Jugendvollzug zu vollziehen ist
 - b. männliche jugendliche Verhaftete mit Abschiebungshaft
 - c. männliche Verhaftete unter 21 Jahren
 - d. männliche Verhaftete bis zum vollendeten 24. Lebensjahr, wenn diese zur Tatzeit jünger als 21 Jahre waren
- 1.4.1 Teilanstalt für Frauen
- a. weibliche Verurteilte mit Freiheitsstrafe
 - b. Strafarrrest
 - c. Abschiebungshaft
 - d. weibliche Verurteilte mit Jugendstrafe bei Ausnahme aus dem Jugendvollzug
- 1.4.2 Teilanstalt für Jugendarrest
- männliche und weibliche Verurteilte mit Jugendarrest
- 1.5 Untersuchungshaftanstalt, Holstenglacis 3, 20355 Hamburg
- a. männliche Verhaftete über 21 Jahre
 - b. Personen, gegen die Auslieferungs-, Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- oder Erziehungshaft gerichtlich angeordnet worden ist
 - c. gemäß § 127 Strafprozessordnung (StPO) vorläufig Festgenommene
 - d. weibliche Verhaftete
2. Zuständigkeit für das Aufnahmeverfahren
- Abweichend von den Vorschriften der bundeseinheitlichen Vollzugsgeschäftsordnung (VGO) findet die Aufnahme von Gefangenen und das folgende Aufnahmeverfahren gem. § 7 HmbU-VollzG in der Untersuchungshaftanstalt nur statt, wenn sie zuständige Anstalt nach Abschnitt II ist oder die alsbaldige Verlegung von Gefangenen in die zuständige Anstalt unmöglich ist.
- Abschnitt II**
- Zuständigkeiten der Anstalten**
1. Anstalten des geschlossenen Vollzuges
- 1.1 JVA Billwerder, Dweerlandweg 100, 22113 Hamburg
- a. Freiheitsstrafe an erwachsenen männlichen Gefangenen
 - b. Ersatzfreiheitsstrafe an erwachsenen männlichen Gefangenen im Anschluss an eine Freiheitsstrafe
 - c. Ersatzfreiheitsstrafe an erwachsenen männlichen Gefangenen, die wegen einer Drogengefährdung oder -abhängigkeit nicht für den offenen Vollzug geeignet sind
 - d. Jugendstrafe an männlichen Verurteilten bei Ausnahme aus dem Jugendvollzug
 - e. Strafarrrest bei männlichen Gefangenen, die sich nicht für den Jugendvollzug eignen
 - f. Abschiebungshaft bei erwachsenen männlichen Gefangenen
- 1.2 JVA Fuhlsbüttel, Suhrenkamp 92, 22335 Hamburg
- a. Freiheitsstrafe an erwachsenen männlichen Gefangenen
 - b. Ersatzfreiheitsstrafe an erwachsenen männlichen Gefangenen im Anschluss an eine Freiheitsstrafe
 - c. Sicherungsverwahrung oder anschließen-

- de Sicherungsverwahrung für männliche Gefangene
- 1.3 JVA Hahnöfersand, Hinterbrack 25, 21635 Hahnöfersand
- 1.3.1 Geschlossener Bereich für junge männliche Gefangene
- a. Jugendstrafe an Gefangenen, die sich für offenen Vollzug nicht oder noch nicht eignen
 - b. Abschiebungshaft (als Anschlusshaft) bei Gefangenen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben
 - c. Untersuchungshaft an Verhafteten unter 21 Jahren
 - d. Untersuchungshaft an Verhafteten bis zum vollendeten 24. Lebensjahr, wenn diese zur Tatzeit jünger als 21 Jahre waren
 - e. Sozialtherapie für Jugendstrafgefangene nach Auswahlverfahren gemäß § 10 Absatz 2 HmbJStVollzG
- 1.3.2 Teilanstalt für Frauen
- a. Freiheitsstrafe
 - b. Jugendstrafe bei Ausnahme aus dem Jugendvollzug
 - c. Sicherungsverwahrung
 - d. Abschiebungshaft (auch als Anschlussvollzug) an weiblichen Gefangenen
- 1.4 Sozialtherapeutische Anstalt, Suhrenkamp 92, 22335 Hamburg
- a. Sozialtherapie für männliche Gefangene nach Auswahlverfahren gemäß § 10 Absatz 2 HmbStVollzG
 - b. Aufnahmeverfahren und -untersuchung für männliche Strafgefangene mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung
 - c. Sozialtherapie für männliche Sicherungsverwahrte nach Auswahlverfahren
- 1.5 Untersuchungshaftanstalt, Holstenglacis 3, 20355 Hamburg
- a. Untersuchungshaft an männlichen Gefangenen über 21 Jahren und an weiblichen Gefangenen
 - b. Auslieferungs-, Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- oder Erzwingungshaft
 - c. Unterbringung von gem. § 127 StPO vorläufig Festgenommenen (Polizeihaft)
 - d. Unterbringung von gem. § 13 ff des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) für mehr als 48 Stunden in Gewahrsam genommenen Personen
- e. Freiheitsstrafe und Sicherungsverwahrung an männlichen Gefangenen, wenn wichtige Gründe einer Unterbringung in einer anderen Anstalt des geschlossenen Vollzugs entgegenstehen
- f. Freiheitsstrafe, Sicherungsverwahrung, Strafarrest und Jugendstrafe bei Ausnahme aus dem Jugendvollzug an weiblichen Gefangenen, wenn wichtige Gründe einer Unterbringung in der JVA Hahnöfersand entgegenstehen
2. Anstalten des offenen Vollzugs
- 2.1 JVA Glasmoor, Am Glasmoor 99, 22851 Norderstedt
- a. Freiheitsstrafe an erwachsenen männlichen Gefangenen, die für offenen Vollzug geeignet sind
 - b. Freiheitsstrafe an erwachsenen weiblichen Gefangenen, die für den offenen Vollzug geeignet sind
 - c. Sozialtherapeutisch orientierter Vollzug für weibliche Gefangene mit Freiheitsstrafe
- 2.2 JVA Hahnöfersand, Hinterbrack 25, 21635 Hahnöfersand
- 2.2.1 Offener Bereich für männliche Gefangene
- Jugendstrafe sowie Freiheitsstrafe und Strafarrest an Gefangenen, die das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und sich für den offenen Vollzug eignen
3. Anstalten im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen
- Für den Vollzug der Jugendstrafe bei weiblichen Gefangenen ist die Justizvollzugsanstalt Vechta nach Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des Jugendstrafvollzuges zuständig.

Abschnitt III

Verlegungsrichtlinien

1. Geltungsbereich
- 1.1 Diese Richtlinien regeln die Unterbringung

von Gefangenen im offenen und geschlossenen Vollzug gem. § 9 Absatz 1 und Absatz 3 HmbStVollzG und HmbJStVollzG mit Ausnahme von Verurteilten mit Jugendarrest.

2. Unterbringungs- und Verlegungsentscheidungen

Entscheidungen treffen

2.1 die Leitungen der Anstalten des geschlossenen Vollzugs zur Verlegung von männlichen und weiblichen erwachsenen Gefangenen in den offenen Vollzug

2.2 die Leitung der Teilanstalt für Frauen in der JVA Hahnöfersand über die Verlegung von weiblichen Gefangenen in den offenen Vollzug

2.3 die Leitung der JVA Hahnöfersand im Benehmen mit dem Vollstreckungsleiter über die Unterbringung der jungen Gefangenen im offenen oder geschlossenen Vollzug nach Abschnitt II Nummer 1.3.1 a) und Nummer 2.2.1 des Vollstreckungsplans

2.4 die Leitung der JVA Glasmoor zur Verlegung von erwachsenen männlichen und weiblichen Gefangenen in den geschlossenen Vollzug

2.5 die Leitungen der abgebenden Anstalten zur Verlegung von Gefangenen in außerhamburgische Anstalten im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen gem. Abschnitt II Nummer 3 des Vollstreckungsplans

2.6 einvernehmlich die Leitungen der Anstalten des geschlossenen Vollzugs zur Verlegung von Gefangenen innerhalb des geschlossenen Vollzugs

3. Rückverlegungen

3.1 Über die Rückverlegung von Gefangenen aus dem offenen in den geschlossenen Vollzug entscheidet die Leitung der abgebenden Anstalt. Die Rückverlegung erfolgt in die Entsendeanstalt. Dies gilt nicht, wenn die Untersuchungshaftanstalt Entsendeanstalt war. In diesen Fällen sind Gefangene in die zum Zeitpunkt der Entscheidung nach Vollstreckungsplan zuständige Anstalt des geschlossenen Vollzugs zurück zu verlegen.

3.2 In Streitfällen entscheidet das Strafvollzugsamt auf Antrag einer der beteiligten Anstaltsleitungen. Bis zur Klärung ist die Entscheidung der abgebenden offenen Anstalt bindend.

Abschnitt IV

Schlussvorschrift

Die mit diesem Vollstreckungsplan geänderten Zuständigkeiten der Anstalten sind kein Anlass für Verlegungen von Gefangenen, wenn keine Verlegungsgründe nach § 9 HmbStVollzG und HmbJStVollzG bestehen.

Abschnitt V

Inkrafttreten

Diese Allgemeine Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und ersetzt den Vollstreckungsplan vom 16. November 2010.

Neufassung der Strafvollstreckungsordnung und der Einforderungs- und Beitreibungsanordnung

AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. 44 vom 25. Juli 2011 (Az. 4300/1)

1. Die Landesjustizverwaltungen und das Bundesministerium der Justiz haben die aus der Anlage* ersichtlichen Neufassungen der Strafvollstreckungsordnung und der Einforderungs- und Beitreibungsanordnung vereinbart.
2. Die Neufassungen treten am 01. August 2011 in Kraft.
3. Zugleich wird die Allgemeine Verfügung der Landesjustizverwaltung Nr. 11/2001 vom 23. März 2001 (HmbJVBI 2001, S. 49) aufgehoben.
4. Die Neufassungen werden den Gerichten und Staatsanwaltschaften vor der Veröffentlichung im Hamburgischen Justizverwaltungsblatt per E-Mail bekanntgemacht.

*Von dem Abdruck der Anlage ist abgesehen worden.

Bekanntmachungen
Übersicht über den Geschäftsanfall der Gerichte und Staatsanwaltschaften
im Bereich der Justizbehörde Hamburg (2007 bis 2010)

Bekanntmachung vom 24. Juni 2011 (Az. 3004/2E)

I. Amtsgerichte

A. Zivilsachen

		2007	2008	2009	2010
I.	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten				
1.	Zivilprozesssachen (C)				
1.1	Neuzugänge ¹⁾	40.908	41.731	40.224	38.829
1.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	41.800	41.542	40.126	38.679
1.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	15.846	16.018	16.136	16.189
1.4	Von den erledigten Verfahren waren				
1.4.1	Abhilfeverfahren gemäß § 321 A ZPO	10	6	13	5
1.4.2	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	116	101	96	102
1.4.3	Verfahren über Arrest und einstweilige Verfügung	1.600	1.649	1.397	855
1.4.4	Klageverfahren	23.706	24.728	24.285	26.073
1.4.5	Sonstige Verfahren	16.368	15.058	14.335	11.638
1.5	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	4,3	4,2	4,5	4,8
1.6	Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens (H)	371	386	416	463
2.	Familiensachen (F) ⁷⁾				
2.1	Neuzugänge ¹⁾	13.442	13.795	14.375	16.627
2.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	14.129	14.152	13.885	15.671
2.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	10.565	10.208	10.694	11.651
2.4	Von den erledigten Verfahren waren ab 01.09.2009				
2.4.1	Familiensachen			4.231	12.565
2.4.2	abgetrennte Folgesache(n)			75	369
2.4.3	einstweilige Anordnungen			336	2.677
2.4.4	Abhilfeverfahren			1	1
2.4.5	Lebenspartnerschaften			25	59
2.5	Unter den Scheidungsverfahren waren nur mit Versorgungsausgleich anhängig ab 01.09.2009			1.453	4.091
2.6	Durchschnittliche Dauer der erledigten Familiensachen -in Monaten- ab 01.09.2009			7,1	7,0
3.	Mahnsachen				
3.1	Hamburg	561.833	558.886	486.797	490.874
3.2	Mecklenburg-Vorpommern	36.102	35.891	35.037	34.384
4.	Vollstreckungssachen				
4.1	Verteilungsverfahren (J)	1	1	1	1
4.2	Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen (K)	708	722	641	526
4.3	Zwangsverwaltungen (L)	257	217	192	146
4.4	Sonstige zur Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts gehörige Vollstreckungssachen (M)	68.244	67.800	69.559	67.122

	2007	2008	2009	2010
5. Insolvenzverfahren				
5.1 Anträge auf				
5.1.1 Insolvenzverfahren (IN)	1.838	1.945	2.168	1.873
5.1.2 Verbraucher- und Kleininsolvenzen (IK)	3.133	2.989	2.985	3.322
5.1.3 Insolvenzverfahren nach europäischem Recht (IE) - ab 2006	6	17	20	1
5.2 Eröffnete				
5.2.1 Insolvenzverfahren (IN)	994	1.048	1.198	1.084
5.2.2 Verbraucher- und Kleininsolvenzen (IK)	2.985	2.863	2.871	3.129
5.2.3 Insolvenzverfahren nach europäischem Recht (IE) - ab 2006	5	10	14	1
II. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit				
1. Standesamtssachen, Todeserklärungen, sonstige Angelegenheiten				
1.1 Standesamtssachen	233	309	175	222
1.2 Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	8	20	27	19
1.3 Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	1.179	166	201	195
2. Grundbuchsachen				
Eingereichte Urkunden betreffend				
2.1 Begründung und Veränderung von Eigentum, Veränderung der Berechtigung am Erbbaurecht	23.433	22.594	21.221	19.199
2.2 Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	55.213	56.127	56.893	52.682
2.3 Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten	1.360	1.378	1.266	1.611
3. Testaments- und Nachlasssachen				
3.1 Zur Verwahrung übergebene oder abgelieferte oder zur Aufbewahrung übersandte Verfügungen von Todes wegen (IV)	10.622	10.894	10.164	10.448
3.2 Sonstige Nachlasssachen (VI)	12.759	14.049	15.062	16.458
4. Angelegenheiten des Vormundschaftsgerichts				
4.1 Am Jahresende blieben anhängig				
4.1.1 Betreuungen	22.733	24.000	23.590	23.836
4.1.2 Vormundschaften ²⁾	1.171	1.178	846	115
4.2 Im laufenden Jahr wurden anhängig				
4.2.1 Betreuungen	7.262	7.496	8.057	8.354
4.2.2 Verfahren auf vormundschaftliche Genehmigung zur Unterbringung oder Anordnung der Unterbringung nach § 312 Nr. 1, 2 und 3 sowie § 1846 BGB i.V.m. § 1908 i BGB ⁶⁾	4.503	4.837	5.235	4.873
4.2.3 Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten	421	420	1.019	2.772
4.2.4 Adoptionssachen	229	249	151	entfallen
5. Freiheitsentziehung gem. § 415 Abs. 1 FamFG	1.334	1.247	869	660

	2007	2008	2009	2010
6. Registersachen (Eintragungen am Jahreschluss)				
6.1 Eingetragene Vereine	8.992 ⁴⁾	9.137	9.244	9.313
6.2 Eingetragene Partnerschaftsgesellschaften	409 ⁴⁾	456	475	525
6.3 In das Handelsregister eingetragene				
6.3.1 Einzelkaufmänner/ Einzelkauffrauen - ab 2008		7.478	7.420	7.414
6.3.2 Offene Handelsgesellschaften - ab 2008		1.319	1.275	1.257
6.3.3 Kommanditgesellschaften - ab 2008		12.923	13.015	13.224
6.3.4 Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung - ab 2008		10	12	12
6.3.5 Rechtsformen ausländischen Rechts HRA - ab 2008		3	4	4
6.3.6 HRA Juristische Personen - ab 2008		10	10	8
6.3.7 Aktiengesellschaften	1.041 ⁴⁾	1.010	979	954
6.3.8 Kommanditgesellschaften auf Aktien	8 ⁴⁾	7	8	7
6.3.9 Gesellschaften mit beschränkter Haftung	40.168 ⁴⁾	40.854	42.387	44.005
6.3.10 Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	7 ⁴⁾	6	6	6
6.3.11 Europäische Aktiengesellschaften (SE) - ab 2008		1	2	6
6.3.12 Rechtsformen ausländischen Rechts HRB - ab 2008		621	632	559
6.4 Eingetragene Genossenschaften	109	109	111	116
6.5 Seeschiffe	4.939	5.152	5.348	5.497
6.6 Binnenschiffe	1.957	1.956	1.937	1.942
6.7 Schiffsbauwerke	48	46	43	41
III. Landwirtschaftssachen	67	51	45	33
IV. Hinterlegungssachen	865	898	973	1.170
V. Aufgebotsverfahren - ab 2010				186
B. Straf- und Bußgeldsachen				
I. Strafverfahren				
1. Neuzugänge ¹⁾	23.504	22.017	22.167	20.566
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	24.203	23.773	22.099	21.494
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	8.719	6.984	6.885	6.219
4. Von den erledigten Verfahren waren				
4.1 Anklagen	17.924	18.078	17.170	17.122
4.2 Beschleunigte Verfahren nach § 417 StPO	1.391	958	754	710
4.3 Vereinfachte Jugendverfahren (§ 76 JGG)	819	603	419	355
4.4 Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 3 StPO	291	272	186	151
4.5 Einsprüche gegen beantragte Strafbefehle	3.729	3.785	3.465	3.047
4.6 Privatklagen	1	1	2	2
4.7 Anträge auf Einleitung eines Objektiven Verfahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO)	0	0	2	9
4.8 Nachverfahren (§ 439 StPO)	0	0	0	1
4.9 Eröffnung durch ein Gericht höherer Ordnung	4	7	3	1
4.10 Sicherungsverfahren (§ 413 StPO, §§ 39, 40 JGG)	1	4	5	2
4.11 Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	16	20	26	42
4.12 Zurückweisung durch die Rechtsmittelinstanz	22	39	7	14
4.13 In ein Strafverfahren übergegangenes Bußgeldverfahren	2	3	0	6
4.14 Vorlage / Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung	3	3	6	2
5. Hauptverhandlungen insgesamt	20.059	19.469	18.042	17.757
6. Hauptverhandlungstage insgesamt	21.458	20.662	19.258	19.433
7. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	4,3	4,3	3,8	3,9

	2007	2008	2009	2010
II. Bußgeldverfahren				
1. Neuzugänge ¹⁾	9.166	8.536	8.621	8.215
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	9.320	8.884	8.175	8.523
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.630	1.292	1.740	1.443
4. Die Verfahren wurden erledigt durch				
4.1 Urteil	2.419	2.083	1.893	2.045
4.2 Beschluss nach § 72 OWiG	382	456	431	403
4.3 Beschluss nach § 70 Abs.1 OWiG	24	23	26	21
4.4 Einstellung nach § 47 Abs.2 Satz 1 OWiG	2.371	2.443	2.262	2.216
4.5 Einstellung gem. §§ 205 Satz 1, 206a Abs.1 StPO, 46 Abs.1 OWiG	39	35	34	23
4.6 Zurücknahme der Klage durch die Staatsanwaltschaft gem.§ 411 Abs.3 StPO, § 71 Abs.1 OWiG	31	34	37	44
4.7 Zurücknahme des Einspruchs	3.550	3.301	2.959	3.304
4.8 Sonstige Erledigungsart	504	509	533	467
5. Verfahren mit Hauptverhandlung	4.868	4.371	3.886	4.159
6. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	2	1,8	1,7	1,9
III. Sonstiger Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen				
1. Strafsachen				
1.1 Anträge auf Erlass von Strafbefehlen (ohne Strafbefehle nach § 408 a StPO)	14.645	15.000	13.922	13.251
1.2 Einzelne richterliche Anordnungen (GS)	19.317	19.847	19.285	18.064
1.3 Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen (VRJs)	3.443	3.363	3.325	2.867
2. Bußgeldsachen				
2.1 Erzwingungshafnanträge	12.602	15.479	14.456	11.012
2.2 Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25 a Abs.3 StVG, § 62 Abs.1 Satz 1 OWiG (Halterhaftung)	410	382	309	320
2.3 Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden nach § 62 Abs.1 Satz 1 OWiG	99	82	76	131
2.4 Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem OWiG	60	55	195	371
C. Rechtshilfeersuchen				
1. Ersuchen an das Amtsgericht				
1.1 Zuständigkeit des Richters	2.067	2.325	1.404	1.486
1.2 Zuständigkeit des Rechtspflegers	3.048	3.113	1.214	1.234
2. Ersuchen an die Geschäftsstelle	627	528	167	231
II. Landgericht				
A. Zivilsachen				
I. Zivilprozesssachen in erster Instanz (O)				
1. Neuzugänge ¹⁾	17.391	16.943	17.113	16.044
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	17.449	17.246	15.633	16.122
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	10.822	10.516	11.986	11.906
4. Von den erledigten Verfahren waren				
4.1. Abhilfeverfahren gemäß § 321a ZPO	2	1	1	1
4.2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	30	31	21	31

		2007	2008	2009	2010
4.3	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	4.351	4.217	3.393	3.314
4.4	Klageverfahren	11.147	11.465	10.961	11.506
4.5	sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	1.919	1.532	1.257	1.254
5.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	6,8	7,1	7,3	8,0
II. Zivilprozesssachen in der Berufungsinstanz (S)					
1.	Neuzugänge ¹⁾	1.820	1.809	1.836	2.133
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	1.952	1.800	1.744	1.697
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	848	857	948	1.383
4.	Von den erledigten Verfahren waren				
4.1	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	3	0	3	3
4.2	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	2	5	6	7
4.3	Berufungsverfahren	1.909	1.590	1.586	1.592
4.4	sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörige Verfahren	38	203	147	95
5.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	5,7	5,6	6,0	6,4
III. Beschwerdeverfahren		2.989	2.830	2.826	2.566
B. Strafsachen					
I. Strafverfahren in erster Instanz					
1.	Neuzugänge ¹⁾	303	317	326	316
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	332	336	325	309
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	178	159	160	167
4.	Von den erledigten Verfahren waren				
4.1	Anklagen	293	280	288	263
4.2	Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	4	6	11	2
4.3	Anträge auf Einleitung eines Objektiven Verfahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO)	0	0	0	0
4.4	Nachverfahren (§ 439 StPO)	0	0	1	0
4.5	Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO, § 41 JGG)	15	22	9	17
4.6	Vorlage/Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung	12	15	7	17
4.7	Eröffnung des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	1	3	0	2
4.8	Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	7	10	9	8
5.	Hauptverhandlungen insgesamt	341	345	277	272
6.	Hauptverhandlungstage insgesamt	1.857	1.385	1.255	1.544
7.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	7,0	8,4	6,4	6,4
II. Strafverfahren in der Berufungsinstanz					
1.	Neuzugänge ¹⁾	1.702	1.747	1.510	1.600
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	1.786	1.720	1.581	1.518
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	508	532	461	545
4.	Von den erledigten Verfahren waren				
4.1	Offizialverfahren	1.753	1.704	1.562	1.512
4.2	Annahmoberufung im Offizialverfahren	0	3	6	1
4.3	Privatklageverfahren	0	0	2	0
4.4	Anträge auf Wiederaufnahme der Verfahren	6	6	4	1
4.5	Durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	27	7	7	4

	2007	2008	2009	2010
5. Hauptverhandlungen insgesamt	1.850	1.787	1.417	1.292
6. Hauptverhandlungstage insgesamt	2.181	2.057	1.626	1.606
7. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	3,8	3,5	3,7	3,4
III. Beschwerden (einschließlich Kostenbeschwerden)	1.713	1.754	1.748	1.691
III. Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht				
1. Ermittlungsverfahren (Js)				
1.1 Neuzugänge ¹⁾	161.626	157.391	152.348	147.933
1.2 Erledigte Ermittlungsverfahren ¹⁾	161.673	158.190	151.559	147.712
1.3 Unerledigte Verfahren am Jahresende	16.160	15.410	16.166	16.389
1.4 Die Ermittlungsverfahren wurden erledigt durch				
1.4.1 Anklage	16.481	15.374	16.110	15.049
davon vor				
1.4.1.1 dem Schwurgericht, der großen Strafkammer, der Jugendkammer	257	249	266	265
1.4.1.2 dem Schöffengericht, dem Jugendschöffengericht	1.185	1.183	1.168	1.004
1.4.1.3 dem Strafrichter, dem Jugendstrafrichter	15.039	13.942	14.676	13.780
1.4.2 Antrag auf Eröffnung eines Sicherungsverfahrens	9	11	14	13
1.4.3 Antrag auf Durchführung eines objektiven Verfahrens	0	91	52	0
1.4.4 Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	1.652	1.193	932	1.007
1.4.5 Antrag auf vereinfachtes Jugendverfahren (§ 76 JGG)	800	609	407	387
1.4.6 Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	14.287	14.223	13.155	12.565
1.4.7 Einstellung mit Auflage	7.511	6.700	6.319	6.277
1.4.7.1 darunter nach § 153a Abs. 1 - 4 StPO	7.329	6.527	6.171	6.186
1.4.8 Einstellung ohne Auflage	46.888	44.316	41.101	38.915
1.4.9 Einstellung wegen Schuldunfähigkeit (§ 20 StGB)	329	338	385	389
1.4.10 Zurückweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs. 2 StPO	44.781	45.968	43.827	43.105
1.4.11 Verweisung auf den Weg der Privatklage	6.323	6.467	6.285	6.111
1.4.12 Abgabe an die Verwaltungsbehörde als Ordnungswidrigkeit	99	62	82	82
1.4.13 Abgabe an eine andere Staatsanwaltschaft	5.880	5.331	4.787	4.569
1.4.14 Verbindung mit einer anderen Sache	10.461	11.411	11.775	12.393
1.4.15 sonstige (vorläufige) Einstellung	5.817	5.707	5.937	6.466
1.4.16 Andere Art der Erledigung	355	389	391	384
2. Anzeigen gegen unbekannte Täter (UJs)	148.044	148.827	147.457	148.089
3. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	9.114	8.411	8.293	7.994
4. Sonstige Tätigkeit der Staatsanwaltschaft				
4.1 Entschädigung nach dem StREG	41	42	45	23
4.2 Zivilsachen (Hs)	0	0	0	0
4.3 Rechtshilfesachen	1.272	1.182	1.268	1.172
5. Für den Sitzungsdienst und eigene Ermittlungstätigkeit aufgewandte Gesamtstundenzahl	41.970	44.846	41.581	41.432
6. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	32.075	32.520	31.039	28.724
7. Dauer der erledigten Ermittlungsverfahren -in % -				
7.1 bis einschließlich 1 Monat	69,8	70,6	69,9	69,0
7.2 mehr als 1 Monat bis einschließlich 3 Monate	18,9	19,1	19,9	20,0
7.3 mehr als 3 Monate bis einschließlich 6 Monate	6,2	6,3	6,5	6,8
7.4 mehr als 6 Monate bis einschließlich 12 Monate	2,8	2,8	2,7	3,0
7.5 mehr als 12 Monate ¹⁾	2,2	1,1	1,0	1,1

**IV. Hanseatisches Oberlandesgericht
A. Zivilsachen**

	2007	2008	2009	2010
I. Zivilprozesssachen in der Berufungsinstanz (U)				
1. Neuzugänge ¹⁾	2.220	2.061	2.029	2.256
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	2.029	2.093	1.928	2.017
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.861	1.830	1.925	2.176
4. Von den erledigten Verfahren waren				
4.1 Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	3	2	3	6
4.2 Verfahren über Arrest oder einstw. Verfügung	184	142	134	100
4.3 Berufungsverfahren	1.811	1.908	1.758	1.896
4.4 Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	31	41	33	15
5. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	8,8	9,5	10,7	11,4
II. Beschwerdeverfahren in Zivilsachen				
1. Insgesamt	1.642	1.723	1.481	1.560
davon				
1.1 Beschwerden in Landwirtschaftssachen, Verfahren nach § 23 EGGVG, Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO	157	225	139	86
1.2 Sonstige Beschwerden	1.485	1.498	1.342	1.474
III. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)				
1. Neuzugänge ¹⁾	533	504	543	662
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	509	519	447	624
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	355	340	436	485
4. Von den erledigten Verfahren waren ab 01.09.2009				
4.1 Familiensachen			133	624
4.2 Abhilfeverfahren			0	0
4.3 Lebenspartnerschaftssachen			0	0
5. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-			7,4	6,9
IV. Sonstiger Geschäftsanfall in Familiensachen				
1. Sonstige Beschwerden insgesamt	594	637	665	779
davon:				
1.1 Prozesskostenhilfe (ab 01.09.2009 Verfahrenskostenhilfe)	383	377	383	493
1.2 Einstweilige Anordnung (§ 620 c ZPO bzw. § 57 FamFG ab 01.09.2009) über				
1.2.1 elterliche Sorge	28	42	51	18
1.2.2 Herausgabe eines Kindes	1	0	2	2
1.2.3 Verbleibensanordnung - ab 01.09.2009			18	18
1.2.4 Gewaltschutz - ab 01.09.2009			2	11
1.2.5 Ehewohnung	6	5	7	0
1.3 Aussetzung des Scheidungsverfahrens	0	0	0	1
1.4 Wert des Verfahrensgegenstandes	38	58	41	56
1.5 Kostenangelegenheiten	78	102	118	81
1.6 sonstige Angelegenheiten	60	53	43	99

B. Strafsachen

	2007	2008	2009	2010
I. Strafverfahren in erster Instanz				
1. Neuzugänge ¹⁾	1	0	0	0
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	0	0	0	0
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	1	1	0	0
II. Strafverfahren in der Revisionsinstanz				
1. Neuzugänge ¹⁾	232	214	185	182
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	216	226	173	175
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	40	28	40	46
4. Von den erledigten Verfahren waren				
4.1 Offizialverfahren	216	226	173	175
4.2 Privatklageverfahren	0	0	0	0
5. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	1,8	1,8	2,2	2,1
III. Rechtsbeschwerden in Bußgeldverfahren				
1. Neuzugänge ¹⁾	158	158	130	188
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	176	141	138	195
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3	20	12	9
4. Von den erledigten Verfahren waren				
4.1 Rechtsbeschwerde gegen ein Urteil	80	55	45	84
4.2 Rechtsbeschwerde gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	2	2	3	3
4.3 Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde nach § 80 Abs.1 OWiG	94	84	90	108
5. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	1,0	0,8	1,5	1,1
IV. Sonstiger Geschäftsanfall				
1. Rechtsbeschwerden nach §§ 116,117,138 Abs. 3 StVollzG	68	75	89	79
2. Beschwerden in Strafsachen (einschließlich Kostenbeschwerden)	615	518	533	428
3. Anträge auf Haftentscheidungen nach §§ 121 ff StPO, Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO (einschließlich Prozesskostenhilfeantrag), Auslieferungsverfahren, Verfahren nach § 23 EGGVG und Anträge nach § 51 RVG	176	187	194	187
4. Beschwerden in Bußgeldverfahren (einschließlich Kostenbeschwerden)	2	1	4	2
5. Einsprüche in Bußgeldverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	0	0	0	0
V. Generalstaatsanwaltschaft				
1. Ermittlungsverfahren (OJs)				
1.1 Neuzugänge ¹⁾	0	0	0	0
1.2 Erledigte Verfahren ¹⁾	0	0	0	0
1.3 Unerledigte Verfahren am Jahresende	0	0	0	0
1.4 Die erledigten Verfahren wurden beendet durch				
1.4.1 Anklage vor dem Oberlandesgericht	0	0	0	0
1.4.2 Abgabe an eine andere Staatsanwaltschaft	0	0	0	0
1.4.3 Einstellung mit Auflagen	0	0	0	0
1.4.4 Einstellung ohne Auflagen	0	0	0	0
1.4.5 Zurückweisung oder Einstellung gem.§ 170 Abs.2 StPO	0	0	0	0
1.4.6 auf sonstige Weise	0	0	0	0

	2007	2008	2009	2010
2. Sonstiger Geschäftsanfall der Generalstaatsanwaltschaft				
2.1 Revisionen	333	310	278	270
2.2 Rechtsbeschwerden (§ 79 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	68	80	68	84
2.3 Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 79 Abs. 1 Satz 2, § 80 OWiG)	82	77	71	105
2.4 Sonstige Beschwerden				
davon				
2.4.1 Beschwerden (Ws)	663	537	560	496
2.4.2 Beschwerden (Zs)	1.352	1.100	1.181	1.138
2.5 Haftprüfungsverfahren	10	10	7	15
2.6 Aus- und Durchlieferungssachen	68	91	71	92
2.7 Berufungsgerichtliche Verfahren (z.B. Verfahren nach der BRAO, der BNotO und dem Steuerberatungsgesetz)	150	153	151	146
2.8 Entscheidungen in Vorverfahren und sonstige Verfahren gemäß § 23 ff EGGVG	4	5	0	0
2.9 Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	4	12	3	16
2.10 Entschädigungssachen nach dem StrEG	130	94	103	96
2.11 Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	421	370	301	403
2.12 Kartellbußgeldsachen	1	0	0	0
3. Für den Sitzungsdienst und eigene Ermittlungstätigkeit aufgewandte Gesamtstundenzahl	56	69	19	23
VI. Verwaltungsgericht				
A. Hauptverfahren				
I. Hauptverfahren insgesamt				
1. Neuzugänge ¹⁾	3.292	2.760	2.486	2.406
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	3.499	3.781	2.848	2.422
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.348	3.362	3.006	3.005
4. Unter den erledigten Verfahren waren				
4.1 Klagen	3.435	3.728	2.810	2.366
4.2 Sonstige Anträge (ohne Nr.4.3)	64	53	38	56
4.3 Anträge auf Prozeßkostenhilfe für eine Klage oder einen sonstigen Antrag	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
5. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	17,1	16,1	16,3	14,7
II. Hauptverfahren -Allgemeine Verfahren- (incl. NC-Verfahren)				
1. Neuzugänge ¹⁾	2.897	2.315	2.160	2.011
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	2.814	2.934	2.379	2.119
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	3.371	2.779	2.565	2.471
4. Unter den erledigten Verfahren waren				
4.1 Klagen	2.752	2.881	2.342	2.063
4.2 Sonstige Anträge (ohne Nr.4.3)	62	53	37	56
4.3 Anträge auf Prozeßkostenhilfe für eine Klage oder einen sonstigen Antrag	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
5. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	15,4	14,6	15,3	14,0

	2007	2008	2009	2010
III. Hauptverfahren -Asyl-Verfahren-				
1. Neuzugänge ¹⁾	395	445	326	395
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	685	847	469	303
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	977	583	441	534
4. Unter den erledigten Verfahren waren				
4.1 Klagen	683	847	468	303
4.2 Sonstige Anträge (ohne Nr.4.3)	2	0	1	0
4.3 Anträge auf Prozeßkostenhilfe für eine Klage oder einen sonstigen Antrag	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
5. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	24,0	21,4	21,2	19,4
B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren				
I. Verfahren -insgesamt- ⁵⁾				
1. Neuzugänge ¹⁾	3.170	3.055	3.409	3.424
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	3.288	3.011	3.457	3.441
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	245	280	250	264
4. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	1,9	1,7	1,7	1,5
II. Allgemeine Verfahren (ohne NC)				
1. Neuzugänge ¹⁾	983	895	1.207	1.280
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	1.068	912	1.187	1.285
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	175	148	175	176
4. Durchschnittliche Dauer der Verfahren ⁷⁾ -in Monaten-	3,2	2,1	2,3	1,7
III. Asyl-Verfahren				
1. Neuzugänge ¹⁾	147	56	85	130
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	167	66	80	113
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	16	6	11	29
4. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	2,5	1,8	1,4	0,9
IV. Sonstige Verfahren vor dem Verwaltungsgericht				
1. Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-Clausus-Sachen	2.040	2.104	2.117	2.014
2. Vollstreckungsverfahren	105	82	76	53
3. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1	1	2	25
VII. Hamburgisches Oberverwaltungsgericht				
A. Hauptverfahren				
I. Erstinstanzliche Hauptverfahren				
1. Neuzugänge ¹⁾	7	14	11	9
2. Erledigte Verfahren ¹⁾	11	10	11	10
3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	21	25	25	24
4. Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	29,1	41,7	24,8	27,3

		2007	2008	2009	2010
II.	Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren				
1.	Verfahren -insgesamt-				
1.1	Neuzugänge ¹⁾	445	577	479	370
1.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	459	498	459	650
1.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	624	706	726	445
1.4	Unter den erledigten Verfahren waren				
1.4.1	Berufungen	73	95	89	85
1.4.2	Anträge auf Zulassung der Berufung	375	396	365	560
1.4.3	Beschwerden	6	7	5	5
1.4.3	Anträge auf Prozesskostenhilfe	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
1.5	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	17,0	22,5	18,7	17,8
2.	Allgemeine Verfahren				
2.1	Neuzugänge ¹⁾	379	320	367	343
2.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	383	390	389	345
2.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	487	419	397	395
2.4	Unter den erledigten Verfahren waren				
2.4.1	Berufungen	66	89	81	79
2.4.2	Anträge auf Zulassung der Berufung	306	294	303	261
2.4.3	Beschwerden	6	7	5	5
2.4.4	Anträge auf Prozesskostenhilfe	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
2.5	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	16,7	21,0	17,0	15,5
3.	Asyl-Verfahren				
3.1	Neuzugänge ¹⁾	66	257	112	27
3.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	76	108	70	305
3.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	137	287	329	50
3.4	Unter den erledigten Verfahren waren				
3.4.1	Berufungen	7	6	8	6
3.4.2	Anträge auf Zulassung der Berufung	69	102	62	299
3.4.3	Beschwerden	0	0	0	0
3.4.4	Anträge auf Prozesskostenhilfe	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
3.5	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	18,7	27,8	28,1	27,8
B.	Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne NC-Verf. u. ohne sonst. Verf.)				
1.	Verfahren -insgesamt-				
1.1	Neuzugänge ¹⁾	300	242	279	283
1.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	368	266	282	265
1.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	85	61	50	68
1.4	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-				
	a) Beschwerden ¹⁰⁾	4,2	3,9	2,5	2,3
	b) Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	0,0	11,2	0,0	0,0

		2007	2008	2009	2010
2.	Allgemeine Verfahren				
2.1	Neuzugänge ¹⁾	299	238	279	283
2.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	365	262	282	265
2.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	81	61	50	68
2.4	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-				
	a) Beschwerden ¹⁰⁾	4,2	3,9	2,5	2,3
	b) Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	0,0	11,2	0,0	0,0
3.	Asyl-Verfahren				
3.1	Neuzugänge ¹⁾	0	4	0	0
3.2	Erledigte Verfahren ¹⁾	0	4	0	0
3.3	Unerledigte Verfahren am Jahresende	0	0	0	0
3.4	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-				
	a) Beschwerden	0,0	0,5	0,0	0,0
	b) Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	0,0	0,0	0,0	0,0
C.	Sonstige Verfahren vor dem Hamburgischen Obergericht				
1.	Numerus -Clausus-Sachen	224	258	136	133
2.	Sonstige Beschwerden ¹¹⁾	180	225	213	190
3.	Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	11	6	0	14
VIII. Finanzgericht					
I.	Klagen				
1.	Neuzugänge ¹⁾	1.559	1.407	1.305	1.189
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	1.543	1.485	1.582	1.242
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.306	1.230	952	899
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	11,0	10,9	10,8	10,1
II.	Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz				
1.	Neuzugänge ¹⁾	250	212	272	204
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	250	221	276	225
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	82	73	70	49
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	3,8	4,3	3,2	3,5
III.	Sonstige Verfahren				
1.	Kostensachen	51	44	85	57
2.	Sonstige selbständige Verfahren	31	46	48	38
IX. Arbeitsgericht					
I.	Klagen				
1.	Neuzugänge ¹⁾	12.203	12.506	13.968	12.187
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	12.554	12.224	13.365	13.543
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.162	4.438	5.037	3.690
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	3,7	3,7	3,7	4,1

		2007	2008	2009	2010
II.	Beschlussverfahren				
1.	Neuzugänge ¹⁾	699	745	753	667
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	779	721	646	795
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	263	285	385	257
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	4,6	4,0	4,9	4,7
III.	Sonstige Verfahren (Arreste und Einstweilige Verfügungen)				
1.	Neuzugänge ¹⁾	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen
X. Landesarbeitsgericht					
I.	Berufungen				
1.	Neuzugänge ¹⁾	650	787	700	806
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	677	684	705	845
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	341	443	434	396
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	7,0	6,8	6,6	6,6
II.	Beschwerdeverfahren in Beschlussachen				
1.	Neuzugänge ¹⁾	107	104	91	104
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	98	106	85	104
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	54	50	53	50
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	4,9	5,4	5,6	5,2
III.	Beschwerden nach §§ 78, 83 V ArbGG				
1.	Neuzugänge ¹⁾	203	204	180	203
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	187	238	179	195
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	68	25 ⁴⁾	27	36
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	3,9	2,3	1,7	1,9
XI. Sozialgericht					
I.	Klagen				
1.	Neuzugänge	7.602	7.262	7.321	8.445
2.	Erledigte Verfahren	8.969	7.822	7.111	7.579
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	10.080	9.516	9.723	10.573
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	16,7	16,6	16,9	15,2
II.	Anträge auf Einstweiligen Rechtsschutz				
1.	Neuzugänge	1.808	1.996	2.383	2.623
2.	Erledigte Verfahren	1.805	1.930	2.361	2.665
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	143	209	231	189
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	0,9	0,9	0,9	0,9

XII. Landessozialgericht

		2007	2008	2009	2010
I. Berufungen					
1.	Neuzugänge	617	561	545	454
2.	Erledigte Verfahren	509	477	670	456
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	921	1.002	874	873
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	18,6	16,7	18,6	22,8
II. Anträge auf Einstweiligen Rechtsschutz					
1.	Neuzugänge ¹⁾	36 ³⁾	74 ³⁾	28	1
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	19 ³⁾	79 ³⁾	35	4
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	18 ³⁾	11 ³⁾	4	1
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	3,5	1,9	2,0	14,1
III. Beschwerden					
1.	Neuzugänge ¹⁾	552 ³⁾	1.193 ³⁾	315 ⁹⁾	346
2.	Erledigte Verfahren ¹⁾	529 ³⁾	1.221 ³⁾	318	336
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	238 ³⁾	210 ³⁾	39	49
4.	Durchschnittliche Dauer der Verfahren -in Monaten-	4,1	2,4	2,2	1,6

¹⁾ Abzüglich Abgaben innerhalb des Gerichts/der Staatsanwaltschaft

²⁾ Auf Grund der FGG-Reform wurden die Vormundschaften auf die Familiengerichte verlagert. Die Daten ab 2009 geben die Altverfahren beim Vormundschaftsgericht wieder. Hierbei handelt es sich um eine künftig wegfallende Position.

³⁾ Durch Einführung der Zählkartenanordnung ab 2007 werden die Anträge auf Einstweiligen Rechtsschutz und die Beschwerden anders erfasst.

⁴⁾ Bestandsbereinigung

⁵⁾ Ab 2007 incl. NC-Verfahren

⁶⁾ Anpassung an das FamFG

⁷⁾ Auf Grund einer veränderten Berechnung wurden die Daten für die Jahre 2007 und 2008 korrigiert.

⁹⁾ Ab 2009 ausschließlich Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz

¹⁰⁾ Die durchschnittliche Verfahrensdauer für die Jahre 2007 - 2009 musste nachträglich korrigiert werden.

¹¹⁾ Die Zahlen für die Jahre 2008 und 2009 mussten nachträglich korrigiert werden.

Neuer Vorstand der Hamburgischen Notarkammer
Bekanntmachung vom 19. Juli 2011

Die Kammerversammlung der hamburgischen Notare hat am 24. Juni 2011 einen neuen Vorstand gewählt. Der Vorstand der Hamburgischen Notarkammer setzt sich nun wie folgt zusammen:

Präsident der Hamburgischen Notarkammer:
Notar Heiko Zier

Vizepräsident der Hamburgischen Notarkammer:
Notar Dr. Axel Pfeifer

weitere Vorstandsmitglieder:
Notar Dr. Michael von Hinden
Notar Dr. Jens-Olaf Lenschow
Notar Dr. Florian Möhrle
Notar Dr. Thomas Nesemann
Notar Dr. Andre Vollbrecht
Notarin Dr. Janine Wockenfuß

Ebenfalls wurde der Verwaltungsrat sowie der Präsident und der Vizepräsident des **Notarversorgungswerkes Hamburg** neu gewählt:

Verwaltungsrat des Notarversorgungswerkes Hamburg:
Dr. Julian von Åkerman
Hans-Jürgen Grünhage
Dr. Tobias Köpp

Präsident des Notarversorgungswerkes Hamburg:
Dr. Johannes Beil

Vizepräsident des Notarversorgungswerkes Hamburg:
Dr. Thomas Nesemann
